



Inhalt Februar 2014

Seite 1

DGB ZUR ARBEITNEHMERFREIZÜGIGKEIT

Populistische Plattheiten bieten Steilvorlagen für Rassismus

PREISVERLEIHUNG „DIE GELBE HAND“ 2013/2014

Die Entscheidung ist gefallen!

Seite 2

KEIN RAUM FÜR NAZIS

Magdeburg: Die Stadtgesellschaft hat sich erfolgreich gewehrt

INTERNATIONALE WOCHEN GEGEN RASSISMUS

Überall werden Aktivitäten vorbereitet

„UNERTRÄGLICHE KLAUSEL“ ABGESCHAFFT

So genannte Demokratieerklärung wird nicht länger verlangt

Seite 3

DAS KINDESWOHL VOR AUGEN

NPD-Plakat vor einer Kita entfernt

DGB-JUGENDRICHTLINIE

Deutliche Positionierung für Gleichheit

Seite 4

ROCK-LEGENDE DORO PESCH BEKENNT SICH ZUM KUMPELVEREIN

NEUE FÖRDERMITGLIEDER

BROSCHÜRE DES MONATS

Demokratie als Aufgabe

DGB ZUR ARBEITNEHMERFREIZÜGIGKEIT

Populistische Plattheiten bieten Steilvorlagen für Rassismus



„Wer betrügt, der fliegt“ – so brachte die CSU das Thema Freizügigkeit in ihrem Wahlprogramm für die Europawahl, das in

Wildbad Kreuth beschlossen wurde, Anfang des Jahres plakativ auf den Punkt. Mit der angeblichen Armutszuwanderung in die Sozialsysteme möchten die Christozialen bei der bayerischen Kommunalwahl und der Europawahl im Mai punkten. Anlass war die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit für Menschen aus den EU-Staaten Bulgarien und Rumänien am 1. Januar 2014.

Die Agitation in diesem Zusammenhang, die uns wohl in der einen oder anderen Form noch bis Mai begleiten wird, ist kaum von Sachlichkeit begleitet und birgt offenkundige Gefahren: „Dass jetzt ausgerechnet aus christlichen Parteien, allen voran die CSU, Wahlkampf mit Ressentiments aus der untersten Schublade gemacht wird, ist schlicht verantwortungslos. Wer mit dem vorsorglichen Abnehmen von Fingerabdrücken quasi eine Verbrecherkartei von rumänischen und bulgarischen Zuwanderern anlegen will, bedient rassistische Vorurteile.“ Das Zitat stammt aus der Broschüre „Informationen zur Freizügigkeit von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in der Europäischen Union“, die der DGB im Januar

2014 im Internet veröffentlicht hat. Der bürokratisch trockene Titel sollte niemanden abschrecken. Hier werden geballte Informationen und Argumentationszusammenhänge geboten, die die „Debatte über die Freizügigkeit und deren populistische Zuspitzungen“ ausleuchtet.

Dazu zählt zum Beispiel ein Aufdröseln, wer welche Ansprüche auf Leistungen nach dem SGB hat und welche Voraussetzungen erfüllt sein müssen. Das ist etwas komplizierter als die schlichte Unterstellung „die kommen und betrügen“, dafür aber richtig. Mit Verweis auf Daten des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung heißt es in der Broschüre: „Die Arbeitsmarktdaten zeigen, dass im Vergleich zur übrigen ausländischen Bevölkerung Staatsangehörige aus Bulgarien und Rumänien höhere (sozialversicherungspflichtige) Beschäftigungsquoten aufweisen, die Arbeitslosenquote mit 9,6 Prozent geringer ausfällt, sie in geringerem Umfang SGB-II-Leistungen beziehen und der Anteil der Kindergeldberechtigten ebenfalls relativ niedrig ist.“

Auch die Frage der Schwierigkeiten einzelner Kommunen bei der Integration von Zuwanderern aus Bulgarien und Rumänien wird aufgegriffen. Der DGB-Vorsitzende hat dazu auf einer Pressekonferenz im Januar erklärt: „Es ist richtig, dass einzelne Kommunen Probleme haben, auch mit der Integration von Zuwanderern. Aber das Kernproblem dieser Kommunen ist doch nicht die Zuwanderung. In Städten wie Duisburg haben wir leider eine schwierige Beschäftigungssituation und soziale Lage. Diese Probleme müssen wir anpacken und den Kom-

munen helfen, statt den Zuwanderern die Schuld in die Schuhe zu schieben für unsere hausgemachten Probleme. Zu den konkreten Schritten, die in Angriff genommen werden müssen, gehört außerdem, dass auch EU-Bürger einen Rechtsanspruch auf Integrationskurse bekommen, der bislang nur Nicht-EU-Bürgern zusteht.“

Neben der notwendigen Unterstützung der Kommunen ist auch von entscheidender Bedeutung, dass diejenigen, die kommen, nicht in ausbeuterische Arbeitsverhältnisse geraten. Deshalb sind Projekte des DGB wie „Faire Mobilität“ wichtig. Dabei werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus Mittel- und Osteuropa über Bedingungen und Rechte auf dem deutschen Arbeitsmarkt informiert. Insgesamt sind für den DGB mit Blick auf die Freizügigkeit „konkrete Maßnahmen für die Schaffung ökonomischer und gesellschaftlicher Teilhabechancen erforderlich“. Das schließt auch „die Förderung von Maßnahmen gegen Rassismus, Stigmatisierung und Antiziganismus“ ein.

Die Broschüre des DGB Bundesvorstands zur Arbeitnehmerfreizügigkeit macht anschaulich klar: populistischer Stimmenfang auf Kosten von Zuwanderern ist oft – bewusst oder unbewusst – eine Steilvorlage für Rassismus. Und sie gibt Fakten und Argumente an die Hand, die dies verdeutlichen.

Kurzum: Pflichtlektüre.

Die Broschüre zur Arbeitnehmerfreizügigkeit kann demnächst auf http://www.gelbehand.de/data/dgbinfod_zur_arbeitnehmerfreizugigkeit_jan2014_1.pdf heruntergeladen werden.

PREISVERLEIHUNG „DIE GELBE HAND“ 2013/2014

Die Entscheidung ist gefallen!

Am 10. Februar 2014 fand die Jury-Sitzung im Rahmen des Wettbewerbs „Die Gelbe Hand“ 2013/2014 statt. Unter den Wettbewerbsbeiträgen waren Filme, Songs, Plakate, Projektstage, Demos usw. Beteiligt haben sich Betriebe, Verwaltungen, Berufsschulen,

Gruppen der Gewerkschaftsjugend sowie einzelne Berufsschülerinnen und -schüler und Azubis. Die Preisverleihung findet am 12. März 2014 um 12:30 Uhr im Barocksaal der Thüringer Staatskanzlei statt. Die Schirmherrin des Wettbewerbs und Thüringer Ministerpräsidentin, Chris-

tine Lieberknecht sowie der Schirmherr, Klaus Wiese, langjähriger Vorsitzender der Gewerkschaft IG BAU haben ihre Teilnahme zugesagt. Lieberknecht: „Als Schirmherrin habe ich gerne zugesagt und freue mich auf diese Veranstaltung in der Thüringer Staatskanzlei.“



KEIN RAUM FÜR NAZIS

Magdeburg: Die Stadtgesellschaft hat sich erfolgreich gewehrt



Ein Aufmarsch durch die Magdeburger Innenstadt, den Neonazis für den 18. Januar 2014 geplant hatten, endete als Ansammlung von 700 Rechtsextremen in einem Industriepark. Gegendemonstranten hatten verhindert, dass sie nä-

her an die Innenstadt herankamen. „Den Nazis keinen Raum geben“ hatte es in dem Aufruf des Bündnisses gegen Rechts Magdeburg geheißen. Das hat funktioniert. Auf der Meile der Demokratie im Zentrum haben über 10.000 Menschen

über die Stadt verteilt waren, um den Rechten auch da den Raum zu nehmen. Diese Meilensteine waren künstlerische Darbietungen, Ausstellungen oder auch Friedensgebete. Auch im und vor dem Gewerkschaftshaus in der Otto-von-Guericke-Straße hatten

dazu beigetragen, durch ihre Anwesenheit keinen Platz für Nazis zu lassen. Neben dieser zentralen Veranstaltung, bei der rund 170 Organisationen ein Bühnen- und Kulturprogramm anboten, gab es auch 16 so genannte Meilensteine der Demokratie, die

Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter einen Meilenstein organisiert. Es gab Filmvorführungen, Diskussionen und Gespräche und auch warme Getränke, was angesichts der Witterung hilfreich war.

Der Protest gegen den Neonazi-Aufmarsch war eine Sache der ganzen Stadt. Unterstützt wurde er von den Gewerkschaften bis zum Evangelischen Kirchenkreis, von den Stadtratsfraktionen bis zur Landeszentrale für Politische Bildung, von der Feuerwehr bis zum Malteser Hilfsdienst. Die Liste ließe sich fortsetzen. Mit dabei waren auch Magdeburgs Oberbürgermeister Lutz Trümper, Landtagspräsident Detlef Gürth und Sachsen-Anhalts Kultusminister Stephan Dorgerloh. Der 18. Januar 2014 in Magdeburg hat gezeigt: Wenn die Stadtgesellschaft zusammensteht bleibt für Nazis kein Raum.

INTERNATIONALE WOCHEN GEGEN RASSISMUS

Überall werden Aktivitäten vorbereitet



Die Internationalen Wochen gegen Rassismus finden in diesem Jahr vom 10. bis 23. März statt. Gemeinsam mit mehr als 70 bundesweiten Organisationen und Einrichtungen fordert der Interkulturelle Rat in Deutschland dazu auf, sich an den Aktionswochen zu beteiligen und damit Zeichen gegen Rassismus zu setzen.

Die diesjährige Auftaktveranstaltung findet am 10. März im Gästehaus der Niedersächsischen Landesregierung in Hannover statt. Diese wird vom niedersächsischen Ministerpräsidenten, Stephan Weil,

eröffnet. Im letzten Jahr gab es eine Rekordbeteiligung. An über 300 Orten fanden insgesamt 1.380 Veranstaltungen statt. Die Initiatoren werteten das als Beleg, dass es ein starkes Bedürfnis gibt, sich gegen Ausgrenzung zu engagieren. Im Rahmen der Internationalen Wochen gegen Rassismus findet auch die Preisverleihung des Wettbewerbs „Die Gelbe Hand“ statt, und zwar in der Staatskanzlei der thüringischen Landesregierung in Erfurt.

Mehr Informationen über die Hintergründe der Wochen gegen

Rassismus finden sich auf der entsprechenden Internetseite. Dort können auch zahlreiche Informations- und Mobilisierungsmaterialien bestellt oder heruntergeladen werden. Ebenso gibt es einen online-Veranstaltungskalender, in dem man sich über Aktivitäten während der Internationalen Wochen gegen Rassismus informieren und eigene Veranstaltungen und Initiativen einstellen kann.

Die Adresse im Netz:

<http://www.internationale-wochen-gegen-rassismus.de/>

„UNERTRÄGLICHE KLAUSEL“ ABGESCHAFFT

So genannte Demokratieerklärung wird nicht länger verlangt

In einer gemeinsamen Erklärung vom 31. Januar 2014 haben Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig und Bundesinnenminister Thomas de Maizière das Ende der so genannten Extremismusklausel verkündet, die Schwesigs Vorgängerin Kristina Schröder in dieser Form eingeführt hatte.

Demzufolge mussten Vereine und Verbände, die sich ehrenamtlich gegen Rechts engagieren und dabei eine staatliche Unterstützung beantragt haben, eine so genannte Demokratieerklärung unterschrei-

ben, mit der sie bekunden, auf dem Boden des Grundgesetzes zu agieren. Diese Akteure der Zivilgesellschaft fühlten sich in eine Lage versetzt als seien sie die Bedrohung der Demokratie und nicht jene, die seit 1990 184 Menschenleben auf dem Gewissen haben. Mindestens in weiteren 649 Mordfällen prüfen die Landeskriminalämter einen rechtsextremen Hintergrund.

Anstelle der „Demokratieerklärung“, so Schwesig und de Maizière, „wird zukünftig im Zuwendungsbescheid an die geförderten

Träger klar geregelt, dass keine Steuergelder an extremistische Organisationen oder Personen gehen dürfen“.

Der frühere Bundestagspräsident Wolfgang Thierse, selbst gegen Rechts aktiv, zeigte sich erleichtert: „Denn Misstrauen ermuntert nicht zum Einsatz für die Verteidigung der Demokratie. Nur Vertrauen motiviert.“

Und auch DGB-Vorstandsmitglied, Annelie Buntenbach fand klare Worte: „Es ist erfreulich, dass die unerträgliche Klausel so schnell ab-

geschafft wird, mit der Ex-Familienministerin Schröder all diejenigen, die sich gegen Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Rechts extremismus engagieren, unter den Generalverdacht gestellt hat, selbst extremistische Ziele zu verfolgen. Nach diesem positiven Signal erwarten wir, dass ebenso zügig eine gesetzliche Grundlage für die Antirassismus-Förderung geschaffen und ein ausreichend ausgestattetes Bundesprogramm aufgelegt wird, wie es im Koalitionsvertrag vereinbart worden ist.“

DAS KINDESWOHL VOR AUGEN

NPD-Plakate vor einer Kita entfernt



Ein NPD-Plakat vor dem Kindergarten wird übersprüht.

„Einige Erzieherinnen verbreiten eine richtig ekelhafte Atmosphäre“, zitierte vor einiger Zeit die Hannoversche Allgemeine die Mutter eines Kindes aus einer Kindertagesstätte im Stadtteil Kleefeld der niedersächsischen Landeshauptstadt. Von unhaltbaren Zuständen war die Rede, das Kultusministerium, das für die Überwachung der Tageseinrichtungen für Kinder zuständig ist, griff ein. Zu dem Zeitpunkt war die Situation in der Kita schon heftig eskaliert. Es waren zwei junge in der NGG organisierte Kolleginnen, die begonnen

hatten, sich um das Kindeswohl zu kümmern. Beide arbeiteten als Köchinnen in der Kita, waren aber bei einem Subunternehmer angestellt, zu dem die Küche outgesourct war. Die demütigende Behandlung der Kinder durch einige Erzieherinnen, die den Ton angaben, Mobbing gegen andere, die sich zur Wehr setzen wollten – Jennifer Köcher und Sabine Mirbach thematisierten das. „Unser Chef meinte, wir sollen nur kochen und uns um nichts anderes kümmern“, heißt es in einem Brief der beiden an den Elternbeirat der Kita,

„aber wir können nicht die Augen vor Missständen verschließen, weil wir uns dann nach unserem Verständnis mitschuldig machen würden.“ Diese Haltung führte dazu, dass sie gleichfalls Zielscheibe von Mobbing wurden.

Ein anderes Ereignis eskalierte dann die Lage. An einem Freitag Anfang September 2013 – der Bundestagswahlkampf hatte begonnen – hing ein NPD-Plakat vor der Kita. Die beiden Frauen entfernten das Plakat.

Insbesondere vor einer Kita mit vielen Migrantenkindern sei das völlig deplatziert. Auch hier hatten sie das Kindeswohl im Auge. Am nächsten Montag hingen wieder NPD-Plakate vor der Kita. Jennifer Köcher und Sabine Mirbach entfernten sie wieder und entsorgten sie in einen Papiercontainer. Zwei Erzieherinnen, die das gesehen hatten, holten die Plakate wieder heraus und brachten sie in das Büro der Kita-Leiterin, die gerade in Urlaub war. Die Plakate waren von außen gut sichtbar.

Jennifer Köcher und Sabine Mirbach hielten das für unerträglich und beschwerten sich bei der Fachbe-

reichsleiterin Pädagogik und dem Geschäftsstellenleiter der DRK-Kinder und Jugendhilfe Hannover. Erzieherinnen beschwerten sich ebenfalls bei der Geschäftsstelle, weil Jennifer Köcher und Sabine Mirbach die Plakate entfernt hatten. Ergebnis: Die Geschäftsstellenleitung ließ Jennifer Köcher und Sabine Mirbach über den Subunternehmer, bei dem sie beschäftigt waren, mitteilen, dass sie den Eltern nichts erzählen sollen. Für die beiden war das Anlass, den Elternbeirat schriftlich über die Zustände in der Kita zu informieren.

Das zog dann eine Kündigung nach sich. Über ihre Gewerkschaft erhielten die beiden Rechtsschutz. Vor dem Arbeitsgericht stimmten beide Ende Oktober einem Vergleich zu, mit dem das Arbeitsverhältnis beendet wurde. Bis dahin hatte sich in der Kita nichts geändert. Die Leiterin war offenbar zu schwach, um sich gegen die Erzieherinnen durchzusetzen, die das Wort führten und von denen eine mit Bezug auf die NPD-Plakate erklärte, in Deutschland dürfe jeder wählen, was er wolle. Weiterem Druck wollten Jennifer Köcher und Sabine Mirbach sich nicht länger aussetzen.

Erst im November 2013, nachdem auch das Kultusministerium als Aufsicht aktiv geworden war und auf einer Vollversammlung der Eltern Druck gemacht wurde, kam Bewegung in die Angelegenheit. Einer Erzieherin wurde gekündigt, zwei gingen von sich aus. Inzwischen war auch die Presse auf den Fall aufmerksam geworden.

So war dann doch noch das Kindeswohl in den Mittelpunkt gerückt. Ohne den Einsatz von Jennifer Köcher und Sabine Mirbach wäre das wohl kaum geschehen.

DGB-JUGENDRICHTLINIE

Deutliche Positionierung für Gleichheit



„Die DGB-Jugend fordert gleiche Rechte und Chancen für alle in

rechtes und solidarisches Zusammenleben weltweit und setzt

sich aktiv dafür ein.“ So heißt es in der DGB-Jugendrichtlinie, die im Herbst letzten Jahres verabschiedet wurde und seit kurzem auch im Internet zugänglich ist.

Die Jugendrichtlinie regelt die Arbeit der Gewerkschaftsjugend und legt deren inhaltliche Ausrichtung und Schwerpunkte fest. Diese Festlegung ist eindeutig: „Im Bekenntnis zu ihren antifaschistischen Wurzeln sind die Arbeit gegen Menschenfeindlichkeit, wie beispielsweise Rassismus, Antisemitismus und Nationalismus

und die Arbeit gegen Gewalt und jegliche Form von Diskriminierung Aufgaben der DGB-Jugend.“

Der DGB-Jugend gehören derzeit rund 500.000 Gewerkschaftsmitglieder im Alter bis zu 27 Jahren an. Die DGB-Jugendrichtlinie ersetzt die entsprechende Richtlinie vom April 1997.

Die Richtlinie steht im Netz unter: http://jugend.dgb.de/dgb_jugend/ueber-uns/wer-wir-sind/++co++3131e0d6-7865-11e3-a6e4-525400808b5c?t=1



Rock-Legende Doro Pesch bekennt sich zum Kumpelverein. Bei einem Auftritt zu ihrem 30-jährigen Bühnenjubiläum in Hannover stellte sie sich zusammen mit ihrer Band und den Fördermitgliedern des Kumpelvereins, Martin Sieber und Dirk Lampe, den Fotografen. Damit wollte Doro Pesch klar machen, dass sie sich wie ihre Bandmitglieder von Fremdenfeindlichkeit distanziert. Die Band ist im übrigen interkulturell zusammengesetzt, die Mitglieder kommen aus den USA, Italien und den Niederlanden. Auf dem Foto von links: Dirk Lampe, Luca Princiotta, Johnny Dee, Nick Douglas, Doro Pesch, Bas Maas, Harrison Young und Martin Sieber

und Aachen im besonderen auf solche Bedrohungen reagieren können und welche Möglichkeiten existieren, rechtsextremistischen Gruppierungen in diesem Rahmen nachhaltig etwas entgegenzusetzen.

Fels, Patrick/Muckel, Julian: Demokratie als Aufgabe
Hrsg. FORENA Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus/Neonazismus. Fachhochschule Düsseldorf

o.O.: 2013
43 S.

Broschüre

Die Broschüre kann über das DGB Bildungswerk ausgeliehen werden:

www.migration-online.de/medienvleih

Neue Fördermitglieder

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch in den letzten Wochen konnte der Verein „Mach meinen Kumpel nicht an!“ neue Fördermitglieder gewinnen. Unter anderem auch **Ralf Hermann**, IG BCE, GBR Vorsitzender Fa. Evonik Industries AG, **Ernst Scharbach**, GdP, Vorsitzender RLP, **Irene Schulz**, IG Metall, geschäftsführendes Vorstandsmitglied, **Marlis Tepe**, GEW Bundesvorsitzende. An dieser Stelle heißen wir alle herzlich Willkommen und bedanken uns sehr für ihre Unterstützung.

Nachfolgend die Namen:

1. **Klaus Brülls Dr.**, NGG, Herzogenrath
2. **Luigi D'Adamo**, IG BCE Gewerkschaftssekretär, Bezirk Mittelhessen, Gießen
3. **Ufuk Deniz Ciyakli**, IG BCE, Bezirksratsherr Herrenhausen-Stöcken, Stv. Vorsitzender der Türkischen Gemeinde Niedersachsen, Hannover
4. **Änne Geltner**, IG BCE, BR-Mitglied, Fa. HOLBORN Europa Raffinerie, Hamburg
5. **Sebastian Grzegorek**, IG BCE, JAV Vorsitzender, Fa. RAG DSK BW Prosper-Haniel, Bottrop
6. **Sebastian Hebeisen**, ver.di, Gewerkschaftssekretär DGB Region Koblenz, Koblenz
7. **Ralf Hermann**, IG BCE, GBR Vorsitzender Fa. Evonik Industries AG, Marl
8. **Elke Hülsmann**, ver.di, Geschäftsführerin des DGB-Bildungswerkes NRW, Essen.
9. **Alexandra Jansen**, IG BCE, Rechtsschutz-Sekretärin, Bezirk Moers, Moers
10. **Manuela Libbe**, NGG, Sekretärin zur Ausbildung, Berlin
11. **Dirk Pöttmann**, Hannover
12. **Kemo Razanica**, IG BCE, Lünen
13. **Ernst Scharbach**, GdP, Vorsitzender RLP, Stein-Bockenheim
14. **Jürgen Schmieding**, Manager der Band Planet Emily, Aerzen
15. **Lejla Schultheiß**, IG BCE, VK Vorsitzende Fa. Sasol Wax GmbH, Hamburg
16. **Irene Schulz**, IG Metall, geschäftsführendes Vorstandsmitglied, Frankfurt
17. **Marlis Tepe**, GEW Bundesvorsitzende, Frankfurt/Main
18. **Werner Wenz**, IG BCE, Gewerkschaftssekretär, Bezirk Wolfenbüttel

Um die erfolgreiche Arbeit des Vereins fortzusetzen, brauchen wir Eure finanzielle und ideelle Unterstützung!

In Form einer Fördermitgliedschaft (Mindestbeitrag 36 € im Jahr) als auch durch eine Spende. Sowohl der Förderbeitrag als auch Spenden an den Verein können steuerlich abgesetzt werden. Selbstverständlich wird von uns eine Spendenquittung ausgestellt.

Durch die Werbung weiterer Förderer, durch das Tragen des Stickers, durch aktives Eintreten für Gleichberechtigung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus am Arbeitsplatz und in der Gesellschaft.

Wir sind für jeden Beitrag dankbar!

Vielen Dank
Giovanni Pollice
Vorsitzender

BROSCHÜRE DES MONATS

Demokratie als Aufgabe



Patrick Fels und Julian Muckel haben die Expertise „Demokratie als Aufgabe“ im Auftrag von „Arbeit und Leben DGB/VHS“ erstellt. Der Fokus liegt auf rechtsextremen Strömungen, Handlungen und Tendenzen in der Stadt Aachen und ihrer unmittelbaren Umgebung. Es werden die unterschiedlichen Gruppierungen, die zur extremen Rechten in Aachen und Umgebung zählen, vorgestellt sowie ihre Strategien zur Machtgewinnung analysiert. Die Autoren stellen Konzepte vor, wie Kommunen im allgemeinen

Impressum:

HERAUSGEBER

Mach meinen Kumpel nicht an! e.V.

VORSTAND

Giovanni Pollice, IG BCE
Volker Roßbocha, DGB
Kai Venohr, DGB-Bildungswerk
Holger Vermeer, IG BAU

VERANTWORTLICH

für den Inhalt: Giovanni Pollice

KOORDINATION

Dr. Klaudia Tietze

REDAKTION

Bernd Mansel
Medienbüro Arbeitswelt, Berlin

FOTOS

IG BCE, Kumpelverein

ZUSCHRIFTEN/KONTAKT

Mach meinen Kumpel nicht an! e.V.
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
Tel.: 0211-4301 193
E-Mail: info@gelbehand.de

WEB

www.gelbehand.de
www.facebook.de/gelbehand

PRODUKTION

Setzkasten GmbH, Düsseldorf
Internet: www.setzkasten.de
Tel.: 0211/40 800 900